

## 11.

**Zwei Fragen aus der Praxis.**

Von Rechtsanwalt Gobron, Rixingen.

1. Der Ehemann A. klagt wegen Beleidigung seiner Ehefrau nach §§ 185, 186 StGB. auf Grund des § 196 I. c. gegen B., die Ehefrau A. hat jedoch bei gleicher Gelegenheit, die zur Privatklage gegen B. führt, diesen beleidigt; er erhebt, da nach § 428 I StGB. die Widerklage gegen die Frau ausgeschlossen ist, gegen diese gesonderte Privatklage.

Beide Verfahren werden eröffnet, der Ehemann A. stirbt vor dem Termin, das Verfahren gegen B. muß nach § 433 I StPO. eingestellt werden, während dasjenige gegen Frau A. seinen Fortgang nimmt. Kann nun diese nach § 428 I StPO. gegen B. Widerklage erheben?

Auszugehen ist bei Beantwortung der Frage davon, daß der Ehemann und die Frau A. beide berechtigt sind, die Bestrafung des B. zu verlangen mit dem Abmaße, daß, sobald der Ehemann A. die Privatklage erhoben hat, die Ehefrau nurmehr nach § 415 II StPO. der erhobenen Privatklage sich anschließen kann, aber keine eigene Klage zu erheben die Möglichkeit hat. Insoferne ist sie also schon bei Lebzeiten des Mannes niemals berechtigt, die Widerklage, die eine eigene Klage darstellt, zu erheben, sondern sie kann nur dem Verfahren, das ihr Ehemann gegen B. eingeleitet hat, beitreten; eine Wirkung bezüglich des Verfahrens bzw. Bestrafung äußert dies selbstredend nicht, der Beitritt kann nur in der Absicht geschehen, dem Beklagten erhöhte Kosten zu bereiten, sei es nun, daß die Ehefrau als ihren Vertreter den gleichen Anwalt aufstellt wie ihr Mann — nach § 73 G.D. erhöhen sich die Gebühren des Anwalts, da er dann mehrere Privatkläger vertritt, um  $\frac{5}{10}$  — sei es, daß sie einen zweiten Anwalt mit ihrer Vertretung betraut, wodurch dem Angeklagten doppelte Kosten erwachsen.

Nach dem Tode des Ehemannes A. und nach der gemäß § 433 I erfolgten Einstellung des Verfahrens ist aber ein Beitritt ausgeschlossen; lebt also das Recht der Ehefrau A. wieder auf, in eigenem Namen zu:

Bestrafung des B. im Wege der Privatklage, falls nämlich ihr Strafantragsrecht noch nicht verjährt ist, zu verlangen, oder kann sie, wenn dasselbe durch Verjährung untergegangen ist, die Widerklage erheben?

Diese Frage in ihrer ersten Alternative ist zu bejahen; denn § 415 III StPD., der allein das besagte Recht der Ehefrau verneinen könnte, kommt nicht zur Anwendung, da es sich bei Einstellung des Verfahrens nicht um eine in der Sache selbst ergangene Entscheidung handelt.

Die Ehefrau A. kann also, solange ihr eigenes Strafantragsrecht noch nicht verjährt ist, die Bestrafung des B. im Wege gesonderter Privatklage oder im Wege der Widerklage verlangen.

Wenn dagegen die Antragsfrist abgelaufen ist, kann sie keine eigene Privatklage stellen, sie kann aber auch keine Widerklage erheben, das letztere um deswillen, weil der Grundsatz ne bis in idem entgegensteht. Die Straftat des B. war zum Gegenstand der Klage des Mannes A. gemacht, das auf dieser Grundlage eröffnete Verfahren ist eingestellt. Die Identität der Person und die Identität der Tat ist gegeben.

Durch rechtskräftiges Urteil ist bekanntermaßen „die Tat nach allen bei ihr möglichen rechtlichen Gesichtspunkten mit dem Erfolg der Konsumtion des Klagerichts erledigt, auch wenn diese Gesichtspunkte weder in dem Eröffnungsbeschluß, noch in dem Urteil erörtert worden sind.“ So Lucas in Anleitung zur strafrechtlichen Praxis Bd. 1 S. 359 (1902).

Gilt nun, was für Urteile gilt, auch für Beschlüsse? Löwe bejaht dies für solche Beschlüsse, welche die Eröffnung der Voruntersuchung oder des Hauptverfahrens betreffen (vgl. S. 458 Anm. g der 11. Aufl.).

Meines Erachtens ist zur Beantwortung der Frage, ob dem Beschluß eine gleiche Wirkung innewohnt, wie dem Urteil, nur der Umstand von Belang, ob der Beschluß prozeßerledigend wirkt oder nicht. Dies ist beim ergangenen Einstellungsbeschluß der Fall, durch ihn wird der ganze Prozeß erledigt; damit ist aber auch der Grundsatz ne bis in idem anzuwenden und das Widerklagerecht der Frau bei Verjährung ihres Strafantragsrechtes verbraucht.

II. Das Verfahren ist auf Privatklage des A. gegen B. wegen eines Vergehens der Körperverletzung eröffnet. Im Hauptverhandlungstermin wird im Laufe der Beweisaufnahme eine beleidigende Äußerung des B. gegen A. bei gleicher Gelegenheit gefallen, festgestellt. Ich habe wegen dieser Beleidigung sofort in der Hauptverhandlung Strafantrag gestellt und zu Protokoll des Gerichts-

schreibers die Privatklage erhoben und im Hinblick auf § 265 StPD. gleichzeitige Aburteilung verlangt. Der Angeklagte erklärte sich hiermit einverstanden, das Gericht wies durch Beschluß die Privatklage wegen des mangelnden Sühneversuchs zurück.

Diese Auffassung ist meines Erachtens unrichtig. Dagegen sprechen die §§ 265, 415 und 424 StPD. Sind mehrere Personen zur Privatklage berechtigt und hat einer die Privatklage erhoben, so können die andern beitreten und zwar in der Lage, in welcher sich zur Zeit der Beitrittserklärung das Verfahren befindet; der Beitritt zum eingeleiteten Verfahren erfolgt durch Erhebung der Klage nach § 421 l. c. (vgl. Löwe Anm. 5 zu § 415 S. 859) „vorheriger Sühneversuch ist nicht erforderlich“. Hier ist also schon einmal der Grundsatz, daß ein Sühneversuch stattfinden muß, durchbrochen.

Nach § 424 l. c. richtet sich nach Eröffnung des Hauptverfahrens das weitere Verfahren nach den Bestimmungen, welche für das Verfahren auf erhobene öffentliche Klage gegeben sind.

Nach § 265 l. c. kann aber, wenn der Angeklagte im Laufe der Hauptverhandlung noch einer andern Tat beschuldigt wird, als wegen welcher das Hauptverfahren gegen ihn eröffnet wurde, dieselbe auf Antrag der Staatsanwaltschaft — hier des Privatklägers — und mit Zustimmung des Angeklagten — diese ist erfolgt — zum Gegenstand derselben Aburteilung gemacht werden.

Wird aber bei der doch viel schärfer in das Leben und die Verhältnisse des einzelnen eingreifenden öffentlichen Klage in einem solchen Falle von Einreichung der Anklageschrift und von Erlassung des Eröffnungsbeschlusses abgesehen, so besteht kein Grund, daß im vorgeschilderten, gleichgelagerten Falle im Privatklageverfahren, das nach § 424 l. c. den Vorschriften der öffentlichen Klage zu folgen hat, nicht gerade so verfahren, sondern die Klage wegen mangelnden Sühneversuchs zurückgewiesen wird.